

Sprache Versorgungssicherheit

An LB1 – unmittelbar per Mail

Datum 28.03.2022

Referat LB1

Federfederführung: BMWK

Aktueller Anlass Reaktionen auf Einmarsch Russland in Ukraine, Ausstieg aus russ. Energieimporten,

I. Kernsprache

- **Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet, dennoch müssen wir die Lage sehr genau beobachten.**
- **Die Bundesregierung tut alles Notwendige, damit die Versorgungssicherheit auch weiterhin gewährleistet bleibt.**
- Deutschland ist dabei, die Energieabhängigkeit von Russland in schnellem Tempo zu verringern. Das betrifft insbesondere die Bereiche Kohle und Öl. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat hierzu heute einen Fortschrittsbericht Energiesicherheit vorgelegt. *(siehe Kasten 1)*
- **So sinkt die Abhängigkeit von russischem Öl durch solche Vertragsumstellungen jetzt absehbar auf etwa 25 Prozent;** diese veränderten Lieferketten werden bereits in den kommenden Wochen wirksam. Bis Mitte des Jahres werden die russischen Ölimporte nach Deutschland voraussichtlich halbiert sein. **Zum Jahresende streben wir an, nahezu unabhängig zu sein.**
- Auch bei Kohle haben die Unternehmen Verträge die Lieferketten neu aufgestellt und Verträge umgestellt. **Dadurch sinkt die Abhängigkeit bei Kohle in den nächsten Wochen von 50 Prozent auf rund 25 Prozent;** dies ist schon ab April Schritt für Schritt wirksam. Bis zum Frühsommer wird ein Großteil der Betreiber gänzlich auf RUS Steinkohle verzichtet haben. **Bis zum Herbst können wir insgesamt unabhängig von russischer Steinkohle werden.**
- Bei der Umstellung der Gasversorgung gibt es ebenfalls Fortschritte, der Prozess ist aber anspruchsvoll. Dazu braucht es die konsequente Senkung des Verbrauchs auf allen Ebenen, Diversifizierung und den schnellen Hochlauf von Wasserstoff.
- Mitte 2024, so unser Ziel, wollen weitgehend unabhängig von russischem Gas sein.
- **So wurden u.a. auch drei schwimmende LNG-Terminals gesichert, die die Unternehmen RWE und Uniper im Auftrag der Bundesregierung optioniert haben.** Die Bundesregierung macht zudem Tempo beim Ausbau der Infrastruktur und setzt ein großes Energieeffizienzprogramm aufs Gleis.
- **Minister Habeck hat es deutlich gemacht: die Erneuerbaren Energien sind eine Frage der nationalen Sicherheit und dieser Prozess muss jetzt schnell**

...

vorangetrieben werden (Stichwort Osterpaket, umfassende EEG-Novelle+ Wind-auf-See-Gesetz, um die Energie aus Offshore-Wind deutlich zu steigern).

- Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine und die möglichen Auswirkungen des Kriegs auf die europäische Union stärkt die Bundesregierung im Energiebereich zudem die Krisenvorsorge – kurz- und mittelfristig.
- Aus Vorsorgegründen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bereits zusätzliche Maßnahmen ergriffen bzw. vorbereitet, um die Versorgungssicherheit weiterhin zu gewährleisten. (*siehe Kasten 2*)
- **Deutschland kann nach für diesen Winter und den Sommer auf russisches Gas verzichten, für den nächsten Winter müsse die Einkaufsstrategie aber deutlich ausgeweitet werden.** Auch wenn wir unabhängiger von russischen Importen werden, ist es für ein Energieembargo zum jetzigen Zeitpunkt zu früh. Noch wären die ökonomischen und sozialen Folgen zu gravierend.

II. Näher im Detail Fortschrittsbericht Gas

- Der Anteil der russischen Gaslieferungen lag in der Vergangenheit im Mittel bei 55 Prozent. Zum Ende des 1. Quartals ist er auf 40 Prozent gesunken
- Im Gegenzug wurden der Erdgasbezug aus Norwegen und den Niederlanden erhöht sowie die LNG-Importe signifikant gesteigert.
- Flankiert durch politische Gespräche sind die Versorgungsunternehmen dabei, ausreichende LNG-Verträge abzuschließen.
- Die Bundesregierung sichert den LNG- Gaseinkauf und Gasweiterverkauf über die Niederlande von bis zu 1 Mrd. m³ bereits in 2022 kurzfristig ab. Mit der Anmietung der drei schwimmenden LNG Terminals (FSRU) können schrittweise bis Sommer 2024 rund 27 Mrd. m³ LNG in der Endstufe angelandet werden. Bereits zum Winter 2022/2023 können so 7,5 Mrd. m³ LNG dem Markt zusätzlich zur Verfügung stehen. Weitere LNG-Terminals, wie das Terminal Brunsbüttel mit einer Kapazität von 8 Mrd. m³, befinden sich in Planungsprozessen und stehen ab 2026 für die Versorgung bereit.
- Gemeinsam mit kurzfristigen Anstrengungen von Unternehmen und Privathaushalten zur Reduktion des Gaseinsatzes durch Energieeffizienz, Energieeinsparung und Elektrifizierung kann bis Ende des Jahres der Anteil russischer Gaslieferung am Gasverbrauch so auf etwa 30% gesenkt werden. Ausbau der Erneuerbaren voraus. So ist in der Summe die schrittweise Reduktion von russischem Gas auf nur noch 10% des Gasverbrauchs bis Sommer 2024 möglich.

III. Näher im Detail Fortschrittsbericht Rohöl

- Für die Umstellung müssen eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden: Es sind Lieferungen über Häfen (Rostock, ggf. Danzig) notwendig – dazu ist das BMWK im Austausch mit der polnischen Regierung – und es müssen Lieferungen aus dem Westen per LKW und Zug erfolgen.
- Die Unternehmen und die Bundesregierung arbeiten aktuell mit Hochdruck daran, diese Voraussetzungen zu schaffen.
- Total, der Betreiber der Raffinerie in Leuna, die etwa ein Drittel der russischen Ölimporte abnimmt, hat die Verträge umgestellt, so dass die Ölimporte aus Russland ab Mitte April halbiert sind; das Ende aller Lieferbeziehungen mit Russland ist bis zum Ende des Jahres 2022 angekündigt.
- Ein weiteres Drittel der Ölimporte aus Russland entfällt auf Raffinerien in Westdeutschland. Hier ist eine Substitution russischer Importe über andere Lieferwege einfacher zu organisieren.
- Das letzte Drittel der russischen Ölimporte entfällt auf die Raffinerie in Schwedt. Da sie weitgehend im Besitz des russischen Staatskonzerns Rosneft ist, ist hier eine freiwillige Beendigung der Lieferbeziehungen mit Russland deutlich schwieriger.

IV. Näher im Detail Fortschrittsbericht Steinkohle

- Russische Steinkohle machte bisher rund 50 Prozent des deutschen Steinkohleverbrauchs aus.
- Der Großteil der Betreiber von Kraftwerken der öffentlichen Versorgung hat bereits jetzt angefangen, den Einsatz russischer Steinkohle zu reduzieren und wird bis zum Frühsommer gänzlich auf RUS Steinkohle verzichten bzw. den Einsatz stark reduzieren.
- Auch bei den großen industriellen Nutzern von Kohle – namentlich der Stahlindustrie, deren Importanteil russisches Koks bei 11 Prozent liegt – erfolgt bereits eine Umstellung der Lieferverträge.
- Durch die Vertragsumstellungen sinkt die Abhängigkeit bei Kohle in den nächsten Wochen von 50 Prozent auf rund 25 Prozent; dies ist schon ab April Schritt für Schritt wirksam. Bis zum Herbst kann Deutschland unabhängig von russischer Kohle sein.

BM Robert Habeck in PM zu Fortschrittsbericht Energiesicherheit 25.03.

„Wir haben in den letzten Wochen gemeinsam mit allen relevanten Akteuren intensive Anstrengungen unternommen, weniger fossile Energien aus Russland zu importieren und die Versorgung auf eine breitere Basis stellen. Erste wichtige Etappenziele sind erreicht, um uns aus dem Klammergriff der russischen Importe zu lösen. Fortschritte gibt es vor allem bei Öl und Kohle. Unternehmen lassen Verträge mit russischen Lieferanten auslaufen, verlängern sie nicht und stellen auf andere Lieferanten um. Und das in einem Wahnsinns-Tempo“

V. Atom und Kohle - Ausstieg

Atom

- Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) geprüft, ob und inwiefern eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und der aktuell hohen Importabhängigkeit von Russland zur Energiesicherheit beiträgt. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob längere Atomlaufzeiten mögliche Versorgungsengpässe im nächsten Winter ausgleichen können. Aber auch eine mehrjährige Verlängerung wurde betrachtet.
- **Beide Ministerien kommen zu dem Ergebnis, dass eine Verlängerung der Laufzeiten nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung des Problems leisten könnte, und dies zu sehr hohen wirtschaftlichen Kosten, verfassungsrechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken. Im Ergebnis einer Abwägung von Nutzen und Risiken ist eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen.**
- Vielmehr muss es jetzt darum gehen, die Energieversorgung auf robustere Säulen zu stellen und die Importabhängigkeit von Russland konsequent zu reduzieren und den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Die Bundesregierung trifft bereits seit Wochen intensive Vorkehrungen, damit die Gasspeicher gefüllt und Reserven an Kohle angelegt werden. Auch die Energieversorgungsunternehmen sorgen vor und diversifizieren die Importe. Mit den schon ergriffenen Maßnahmen hat Deutschland Vorsorge getroffen. Zudem treibt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) den Ausbau der Erneuerbaren intensiv voran (Stichwort Osterpaket) und wird in Kürze eine Strategie Energiesicherheit vorlegen.

Kohle

- **Frage nach Nutzung bestehender Instrumente der Sicherheitsbereitschaft- das hat nichts mit Hinausschieben Kohleausstieg zu tun:**
 - Auch bei den Kohlekraftwerken müssen wir natürlich schauen, dass wir die bestehenden Instrumente sinnvoll nutzen.
 - Das heißt, kurzfristig kann es sein, dass wir vorsichtshalber, um vorbereitet zu sein für das Schlimmste, Kohlekraftwerke in der Reserve halten müssen, vielleicht sogar laufen lassen müssen.
 - Kraftwerke in der Sicherheitsbereitschaft befinden sich in der „Kaltreserve“, sind also abgeschaltet. Die Sicherheitsbereitschaft setzt voraus, dass sie für vier Jahre innerhalb von zehn Tagen auf Anforderung der ÜNB aktiviert werden können.
 - **In der Sicherheitsbereitschaft befinden sich Braunkohlekraftwerke in einem Umfang von 1,9 GW.**
 - Zum 1.10.2019 wurden die letzten Kraftwerke in die Sicherheitsbereitschaft überführt. Aktuell befinden sich in der Sicherheitsbereitschaft: Niederaußem E+F (RWE, zum 1.10.2018 stillgelegt und noch bis 1.10.2022 in der Sicherheitsbereitschaft), Jänschwalde F (LEAG, zum 1.10.2018 stillgelegt und noch bis 1.10.2022 in der Sicherheitsbereitschaft) sowie Neurath C (RWE) und Jänschwalde E (LEAG, beide zum 1.10.2019 stillgelegt und noch bis 1.10.2023 in der Sicherheitsbereitschaft).
 - Mittlerweile aus der Sicherheitsbereitschaft entlassen wurden folgende Kraftwerke: Buschhaus D (MIBRAG, zum 1.10.2016 stillgelegt und zum 1.10.2020 aus der Sicherheitsbereitschaft entlassen) und Frimmersdorf P+Q (RWE, zum 1.10.2017 stillgelegt und zum 1.10.2021 aus der Sicherheitsbereitschaft entlassen).

Wie hoch sind Abhängigkeit bei einzelnen Rohstoffen von Russland?

- Die Abhängigkeiten sind aktuell hoch: Wir beziehen Gas zu rund 55% aus Russland, Öl zu 35% und Kohle zu rund 50
- Deutschland bezieht derzeit sein Gas zu 55 Prozent aus Russland. Norwegen ist mit einem Anteil von rund 30 Prozent zweitgrößter Gasversorger, dann folgen die Niederlande (13 Prozent); die Niederlande planen die Beendigung der Gasförderung schon in der ersten Hälfte der 2020er Jahren. Hinzu kommen Gasmengen, die in Form von Flüssigerdgas (LNG) an europäischen Terminals angelandet und auf dem deutschen Markt vertrieben werden.

1. Fortschrittsbericht Energiesicherheit

1. Es gibt einen regelmäßigen Austausch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) mit allen wesentlichen Akteuren auf EU-, Bundes- und Landesebene zur aktuellen Energieversorgungssituation. Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet; die Bundesregierung unternimmt alle Anstrengungen, damit dies so bleibt.
2. Die Bundesregierung hat am 1. März 2022 in Ergänzung zu den bereits im Winter stattgefundenen Regelernergie-Ankäufen auf dem Gasmarkt ein Ankaufprogramm zur Beschaffung von min. 700 Mio. m³ Gas beschlossen. Die Beschaffung für den Bund erfolgt aktuell durch den Marktgebietsverantwortlichen Gas (Trading Hub Europe, THE) zur Anlandung an LNG (Liquefied Natural Gas) -Terminals an der Nordsee und wird in Deutschlands Erdgasspeichern eingespichert.
3. Zur Marktberuhigung hat sich die Bundesregierung am 2. März 2022 an einer gemeinsamen Aktion aller IEA-Mitgliedstaaten beteiligt, um 60 Mio. Barrel Öl und Ölprodukte aus den nationalen Ölreserven freizugeben. Deutschlands hat sich dabei entsprechend seinem Anteil mit rd. 3,2 Mio. Barrel beteiligt.
4. Am 4. März 2022 wurde von KfW, Gasunie und RWE ein Memorandum of Understanding zur gemeinsamen Errichtung eines Terminals für den Import von Flüssigerdgas (LNG) am Standort Brunsbüttel unterzeichnet. Weitere Standorte werden kontinuierlich geprüft.
5. Am 25. März beschließt der Deutsche Bundestag das Gesetz zur nationalen Gasreserve. Es soll am 1. Mai 2022 in Kraft treten und formuliert Füllstandsvorgaben für die Gasspeicher. Zu Beginn der kommenden Heizperiode werden die Gasspeicher so ausreichend gefüllt sein.
6. Die Bundesregierung hat zusammen mit der Bundesnetzagentur einen Prozess aufgesetzt, um gemeinsam mit den Kraftwerksbetreibern die Beschaffung und Reservebildung bei Kohle voranzutreiben.
7. Die Bundesregierung hat über die Unternehmen RWE und Uniper drei schwimmende LNG-Terminals (Floating Storage and Regasification Units, FSRU) optioniert, um die Versorgungssicherheit in Deutschland weiter zu erhöhen. Die Unternehmen sind aktuell in den Vertragsverhandlungen über die Anmietung dieser schwimmenden LNG-Terminals. Die Bundesregierung prüft derzeit mögliche Standorte an der Nord- und Ostsee, in denen diese kurzfristig - teilweise schon für den Winter 2022/23 - zum Einsatz kommen können.
8. Im Rahmen des Sofortprogramms („Osterpaket“) soll eine umfassende EEG-Novelle im Kabinett beschlossen werden. Es wird die größte Beschleunigungsnovelle des EEG seit dem Beschluss des Gesetzes im Jahr 2000. Darüber hinaus wird das Windenergie-auf-See-Gesetz novelliert, das den Ausbau der Offshore Windkraft beschleunigen wird. Im Gebäudeenergiegesetz werden die Gebäudestandards angehoben.

2. Vorsorgemaßnahmen Überblick

1. Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen- Umfassende EEG-Novelle und Windenergie- auf-See-Gesetz Novelle für Osterpaket vorbereitet

Es wird die größte Beschleunigungsnovelle des EEG seit dem Beschluss des Gesetzes im Jahr 2000. Darüber hinaus wird das Windenergie-auf-See-Gesetz novelliert, das den Ausbau der Offshore Windkraft beschleunigen wird. Die EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 auf Null abgesenkt.

2. Wasserstoffhochlauf vorantreiben

BMWK forciert intensiv den Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur und der Wasserstoffproduktion. Wir wollen hier bestehende Wasserstoffpartnerschaften ausbauen und neue Partnerschaften mit weiteren Ländern schließen, Gespräche dazu laufen. Ein wichtiges Anreizinstrument dabei ist das Doppelauktionsmodell H2Global.

3. Long Term Options sind Sonderausschreibungen, die in Absprache zwischen BMWK, Bundesnetzagentur und Marktgebietsverantwortlichen durchgeführt werden, um zusätzliche Kapazitäten am Markt einzukaufen. Dieses Instrument wurde seit Dezember genutzt, um die Speicherstände zu stabilisieren. Im Dezember 2021 und Januar sowie Februar 2022 fanden LTO-Sonderausschreibungen. Alle Sonderausschreibungen zeigten Wirkung und führten zur beabsichtigten Sicherung von Gasmengen in den Speichern.

4. Zudem stockt die Bundesregierung die Gas-Vorräte selbst auf. Dazu hat sie Anfang März Trading Hub Europe, dem Marktgebietsverantwortlichen für Deutschland, finanzielle Mittel im Umfang von 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, um damit den Kauf von LNG zur Einspeicherung zu finanzieren. Die Beschaffung zusätzlicher Mengen am Markt dient ebenfalls der Vorsorge.

5. Deutschland und Niederlande planen LNG-Terminal in Brunsbüttel

Um neue Importmöglichkeiten zu schaffen und die Unabhängigkeit von Russland überhaupt erreichen zu können, ist eine neue Infrastruktur nötig. Daher setzt die Bundesregierung auf eigene LNG-Anlandepunkte in Deutschland einschließlich der notwendigen Infrastrukturanbindung. Das Terminal schafft mit einer jährlichen Regasifizierungskapazität von 8 Mrd. m³ eine direkte Möglichkeit, Erdgas für den deutschen Markt aus Regionen zu beziehen, die durch Gasleitungen nicht zu erreichen sind. Perspektivisch ist vorgesehen, das Terminal für den Import von grünen Wasserstoffderivaten wie Ammoniak umzurüsten.

6. Gasspeichergesetz

Dieser Winter hat gezeigt, dass der liberalisierte Gasmarkt in Deutschland noch nicht alle nötigen Instrumente der Vorsorge bereithält. Die Füllstände in den Speichern waren sehr niedrig, was die Verletzbarkeit erhöht. Die Bundesregierung wird daher in Zukunft sicherstellen, dass Gasspeicher in Zukunft immer ausreichend gefüllt sind. Die neue Regulierung beinhaltet die Vorgabe von bestimmten Füllständen, die zu verschiedenen Zeitpunkten des Winters von den Marktakteuren eingehalten werden müssen.

7. Gasverbrauch reduzieren

Neben der Reduzierung der Abhängigkeit und dem Ausbau der Erneuerbaren ist die Reduktion des Gasverbrauchs extrem wichtig. Das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet an einer konsequenten Strategie für eine Reduktion des Gasverbrauchs, etwa über Heizungsoptimierung oder Gebäudedämmung, und die Umstellung der Wärmeversorgung,

etwa über massive Investitionen in Wärmepumpen, Wärmenetze, Biomasse und Hybridsysteme

8. Ölreserve

Bei Öl existiert mit dem Instrument der Ölreserve ein auf internationalen Vorgaben der Internationalen Energieagentur (IEA) basierendes Instrument zur Sicherung der Versorgung. Die Bundesregierung hat hier am 2. März einen kleinen Teil der Reserve frei gegeben. Insgesamt werden in der Ölreserve strategische Ölvorräten für 90 Tage vorgehalten. Hiermit könnte also für drei Monate ein vollständiger Ausfall aller Importe ausgeglichen werden.

9. Kohlekraftwerke – Nutzung vorhandener Instrumentarien (Sicherheitsbereitschaft) und Erzeugungskapazitäten sichern

Die Bundesregierung treibt den Ausstieg aus der Kohlestromproduktion bis 2030 weiter voran. Das ist notwendig, um die Unabhängigkeit von fossilen Energien zu erreichen und die Klimakrise zu bekämpfen. Gleichzeitig gilt, dass angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine Kohlekraftwerke als Back Up zur Verfügung stehen müssen. Bei Braunkohle gibt es bspw. die sogenannte Sicherheitsbereitschaft. Kraftwerke in der Sicherheitsbereitschaft befinden sich in der „Kaltreserve“, sind also abgeschaltet, sie können aber bei Bedarf aktiviert werden. In der

Sicherheitsbereitschaft befinden sich Braunkohlekraftwerke in einem Umfang von 1,9 GW.

10. Kohlereserve - Vorrat an Steinkohle sichern

Die Bundesregierung hat daher zusammen mit der Bundesnetzagentur einen Prozess aufgesetzt, um gemeinsam mit den Kraftwerksbetreibern die Beschaffung und Reservebildung bei Kohle voranzutreiben. Parallel ist eine Diversifizierung der Kohlelieferketten nötig, Betreiber und Ministerium sind im engen Austausch und treiben diese Diversifizierung voran.

11. Deutsche Energieimporte auf eine breitere Grundlage stellen

12. Klärung von Fragen zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke

Das BMWK und das Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV) haben gemeinsam geprüft, ob und inwiefern eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken zur Energiesicherheit beiträgt. Das Fazit ist, dass eine Verlängerung der Laufzeiten nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung des Problems leisten könnte, und dies zu sehr hohen wirtschaftlichen Kosten. Im Ergebnis einer Abwägung von Nutzen und Risiken ist eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen.

[REDACTED]

Von: [REDACTED]
Gesendet: Dienstag, 26. April 2022 18:46
An: [REDACTED]
Cc: [REDACTED]
Betreff: WG: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht
Priorität: Hoch

Liebe Kuk,

in bewährter Manier haben wir für den Vorgang einen Sharepoint eingerichtet, auf den alle zugreifen können, die den Link haben. Eine Freischaltung durch uns ist nicht mehr nötig. Der Link:

[REDACTED]

Insgesamt geht es der Hausleitung sehr darum, nicht nur qualitativ, sondern mit handfesten Zahlen zu argumentieren. Dazu folgende Überlegungen / Vorschläge, die Sie ggf. in das Dokument integrieren können:

- Kohle: Hier die Frage, ob wir wie folgt kommunizieren können: Wir kommen von 50% Abhängigkeit, nach vier Wochen lagen wir bei 25%, jetzt höchstens noch [XY] und im Sommer RUS-kohlefrei. Aber dazu keine Abfrage bei den Unternehmen mehr.
- Öl: Die Häfen importieren kein RUS Öl mehr, Leuna sagte, dass sie zwar Ende des Jahres erst den Rest umstellen, wenn es aber schneller geht mit Embargo, dann auch schneller. Schwedt? Kann man sagen: Anfangs 35%, dann 25%, jetzt 18% (12%), wobei wir den Rest auch ersetzen können, wenn ein Embargo kommt, bzw. wenn wir Schwedt übernehmen. Ziel ist, im Sommer RUS-Ölfrei zu sein. [REDACTED]
[REDACTED]: Ich hatte hierzu eine überschlägige Rechnung von Ihnen gesehen; Können Sie das übernehmen und ins Dokument integrieren?
- Gas: Update Speicher - jetzt über 30%, Update Baufortschritt Terminals - können wir sagen, dass wir Wilhelmshaven im Winter anschließen wollen/werden und Brunsbüttel im Frühjahr 2023 und HH ggf auch? Hier wäre aus meiner Sicht zu überlegen, ob wir uns trauen, aus der Tabelle im BKAmtdokument zur Entwicklung des Gasangebots einige Zeilen zu nennen.

Da wir am Donnerstag mit Terminen voll sind, brauchen wir Ihre Rückmeldung unbedingt bis **Mittwoch Dienstschluss**, damit wir es noch am Mittwochabend konsolidieren und auf den DW geben können.

Vielen Dank und viele Grüße

[REDACTED]

Von: [REDACTED]
Gesendet: Dienstag, 26. April 2022 15:41
An: [REDACTED]
Cc: BUERO-ST-GR (Graichen) <BUERO-ST-GR@bmwk.bund.de>; [REDACTED]

Betreff: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht - Frist Donnerstag 28.04. 18:000

Priorität: Hoch

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

ich bitte die Projektgruppe Energieversorgung um Aktualisierung des anliegenden Energiesicherheitsbericht bis Donnerstag 26.4. 18:00.

Die Kolleginnen und Kollegen von LB1 haben bereits eine Aktualisierung vorgenommen. Ich bitte jedoch um Prüfung und Aktualisierung des Textes – sowohl im übergreifenden Maßnahmenteil als auch bei den jeweiligen Energieträgern. Spezielle Bitten und Anforderungen von BM habe ich per Kommentar in das Dokument eingefügt.

Besten Dank und viele Grüße

— [REDACTED] —

[REDACTED]

[REDACTED]

Von: [REDACTED]
Gesendet: Donnerstag, 28. April 2022 15:07
An: [REDACTED]
Cc: [REDACTED]
Betreff: AW: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht
Priorität: Hoch

Liebe KuK,

haben Sie hier alle ergänzt? Bei Öl und Kohle sieht es meiner Meinung nach gut aus. Bei Gas scheint mir im hinteren Teil noch etwas zu fehlen.

Bitte nochmal Rückmeldung bis 15.30 Uhr.

Viele Grüße

Von: [REDACTED]
Gesendet: Dienstag, 26. April 2022 18:46

An: [REDACTED]
Betreff: WG: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht
Priorität: Hoch

Liebe KuK,

in bewährter Manier haben wir für den Vorgang einen Sharepoint eingerichtet, auf den alle zugreifen können, die den Link haben. Eine Freisaltung durch uns ist nicht mehr nötig. Der Link:

[REDACTED]

Insgesamt geht es der Hausleitung sehr darum, nicht nur qualitativ, sondern mit handfesten Zahlen zu argumentieren. Dazu folgende Überlegungen / Vorschläge, die Sie ggf. in das Dokument integrieren können:

- Kohle: Hier die Frage, ob wir wie folgt kommunizieren können: Wir kommen von 50% Abhängigkeit, nach vier Wochen lagen wir bei 25%, jetzt höchstens noch [XY] und im Sommer RUS-kohlefrei. Aber dazu keine Abfrage bei den Unternehmen mehr.
- Öl: Die Häfen importieren kein RUS Öl mehr, Leuna sagte, dass sie zwar Ende des Jahres erst den Rest umstellen, wenn es aber schneller geht mit Embargo, dann auch schneller. Schwedt? Kann man sagen: Anfangs 35%, dann 25%, jetzt 18% (12%), wobei wir den Rest auch ersetzen können, wenn ein Embargo kommt, bzw. wenn wir Schwedt übernehmen. Ziel ist, im Sommer RUS-Ölfrei zu sein. [REDACTED]
[REDACTED]: Ich hatte hierzu eine überschlägige Rechnung von Ihnen gesehen; Können Sie das übernehmen und ins Dokument integrieren?
- Gas: Update Speicher - jetzt über 30%, Update Baufortschritt Terminals - können wir sagen, dass wir Wilhelmshaven im Winter anschließen wollen/werden und Brunsbüttel im Frühjahr 2023 und HH ggf auch?

Hier wäre aus meiner Sicht zu überlegen, ob wir uns trauen, aus der Tabelle im BKAmtd-Dokument zur Entwicklung des Gasangebots einige Zeilen zu nennen.

Da wir am Donnerstag mit Terminen voll sind, brauchen wir Ihre Rückmeldung unbedingt bis **Mittwoch Dienstschluss**, damit wir es noch am Mittwochabend konsolidieren und auf den DW geben können.

Vielen Dank und viele Grüße



Von: [Redacted]

Gesendet: Dienstag, 26. April 2022 15:41

An: [Redacted]

Cc: BUERO-ST-GR (Graichen) <BUERO-ST-GR@bmwk.bund.de>; [Redacted]

[Redacted]

Betreff: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht - Frist Donnerstag 28.04. 18:00

Priorität: Hoch

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

ich bitte die Projektgruppe Energieversorgung um Aktualisierung des anliegenden Energiesicherheitsbericht bis Donnerstag 26.4. 18:00.

Die Kolleginnen und Kollegen von LB1 haben bereits eine Aktualisierung vorgenommen. Ich bitte jedoch um Prüfung und Aktualisierung des Textes – sowohl im übergreifenden Maßnahmenteil als auch bei den jeweiligen Energieträgern. Spezielle Bitten und Anforderungen von BM habe ich per Kommentar in das Dokument eingefügt.

Besten Dank und viele Grüße



[REDACTED]

Von:
Gesendet:
An:
Cc:

[REDACTED]
Donnerstag, 28. April 2022 15:15

Betreff:

[REDACTED]
AW: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht

Lieber [REDACTED],

wir haben den Öl-Teil aktualisiert.

[REDACTED]

Von:

Gesendet: Donnerstag, 28. April 2022 15:07

An:

Cc:

Betreff: AW: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht

Priorität: Hoch

Liebe KuK,

haben Sie hier alle ergänzt? Bei Öl und Kohle sieht es meiner Meinung nach gut aus. Bei Gas scheint mir im hinteren Teil noch etwas zu fehlen.

Bitte nochmal Rückmeldung bis 15.30 Uhr.

Viele Grüße

[REDACTED]

Von:

Gesendet: Dienstag, 26. April 2022 18:46

An:

Cc:

Betreff: WG: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht

Priorität: Hoch

Liebe KuK,

in bewährter Manier haben wir für den Vorgang einen Sharepoint eingerichtet, auf den alle zugreifen können, die den Link haben. Eine Freischaltung durch uns ist nicht mehr nötig. Der Link:

Insgesamt geht es der Hausleitung sehr darum, nicht nur qualitativ, sondern mit handfesten Zahlen zu argumentieren. Dazu folgende Überlegungen / Vorschläge, die Sie ggf. in das Dokument integrieren können:

- Kohle: Hier die Frage, ob wir wie folgt kommunizieren können: Wir kommen von 50% Abhängigkeit, nach vier Wochen lagen wir bei 25%, jetzt höchstens noch [XY] und im Sommer RUS-kohlefrei. Aber dazu keine Abfrage bei den Unternehmen mehr.
- Öl: Die Häfen importieren kein RUS Öl mehr, Leuna sagte, dass sie zwar Ende des Jahres erst den Rest umstellen, wenn es aber schneller geht mit Embargo, dann auch schneller. Schwedt? Kann man sagen: Anfangs 35%, dann 25%, jetzt 18% (12%), wobei wir den Rest auch ersetzen können, wenn ein Embargo kommt, bzw. wenn wir Schwedt übernehmen. Ziel ist, im Sommer RUS-Ölfrei zu sein. [REDACTED]: Ich hatte hierzu eine überschlägige Rechnung von Ihnen gesehen; Können Sie das übernehmen und ins Dokument integrieren?
- Gas: Update Speicher - jetzt über 30%, Update Baufortschritt Terminals - können wir sagen, dass wir Wilhelmshaven im Winter anschließen wollen/werden und Brunsbüttel im Frühjahr 2023 und HH ggf auch? Hier wäre aus meiner Sicht zu überlegen, ob wir uns trauen, aus der Tabelle im BKAmtd-Dokument zur Entwicklung des Gasangebots einige Zeilen zu nennen.

Da wir am Donnerstag mit Terminen voll sind, brauchen wir Ihre Rückmeldung unbedingt bis **Mittwoch Dienstschluss**, damit wir es noch am Mittwochabend konsolidieren und auf den DW geben können.

Vielen Dank und viele Grüße

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 26. April 2022 15:41

An: [REDACTED]

Cc: BUERO-ST-GR (Graichen) <BUERO-ST-GR@bmwk.bund.de>; [REDACTED]

Betreff: Anforderung: Update Energiesicherheitsbericht - Frist Donnerstag 28.04. 18:00

Priorität: Hoch

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

ich bitte die Projektgruppe Energieversorgung um Aktualisierung des anliegenden Energiesicherheitsbericht bis Donnerstag 26.4. 18:00.

Die Kolleginnen und Kollegen von LB1 haben bereits eine Aktualisierung vorgenommen. Ich bitte jedoch um Prüfung und Aktualisierung des Textes – sowohl im übergreifenden Maßnahmenteil als auch bei den jeweiligen Energieträgern. Spezielle Bitten und Anforderungen von BM habe ich per Kommentar in das Dokument eingefügt.

Besten Dank und viele Grüße



Zweiter Fortschrittsbericht Energiesicherheit – Abhängigkeit von russischen Importen weiter Reduziert

Federfederführung: BMWK

An LB1 – unmittelbar per Mail

Datum	02.05.
Referat	III (Koordinierung [Redacted])

I. SPRACHE

Versorgungssicherheit

- **Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet, dennoch müssen wir die Lage sehr genau beobachten.**
- Die Bundesregierung tut alles Notwendige, damit die Versorgungssicherheit auch weiterhin gewährleistet bleibt.
- Minister Habeck hat es deutlich gemacht: die Erneuerbaren Energien sind eine Frage der nationalen Sicherheit und dieser Prozess muss jetzt schnell vorangetrieben werden (Stichwort Osterpaket, umfassende EEG-Novelle+ Wind-auf-See-Gesetz, um die Energie aus Offshore-Wind deutlich zu steigern).
- Es gilt, die deutsche Energieversorgung auf robustere Säulen zu stellen. Wichtigster Schlüssel für Energie-Souveränität ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien; er ist eine Frage der nationalen und europäischen Sicherheit.

Zweiter Fortschrittsbericht

- **Minister Habeck und das BMWK haben am 1.5. den zweiten Fortschrittsbericht Energiesicherheit vorgelegt.**
- Deutschland ist dabei, **seine Energieabhängigkeit von Russland in hohem Tempo zu verringern und die Energieversorgung auf eine breitere Basis zu stellen.** Durch intensive Anstrengungen mit allen relevanten Akteuren ist es gelungen, deutliche Fortschritte zu erzielen, die Lieferketten zu diversifizieren und damit die Abhängigkeit deutlich zu verringern. Seit dem ersten Fortschrittsbericht Energiesicherheit vom 25.03.2022 sind weitere Etappen genommen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat daher den zweiten Fortschrittsbericht Energiesicherheit vorgelegt.

Habeck, 2.5. hierzu: „Wir haben in den letzten Wochen gemeinsam mit allen relevanten Akteuren weitere intensive Anstrengungen unternommen, weniger fossile Energien aus Russland zu importieren und die Versorgung auf eine breitere Basis zu stellen. Die Abhängigkeit beim Öl sinkt auf zwölf Prozent; bei Steinkohle sind wir bei etwa acht Prozent und bei Gas bei etwa 35 Prozent. All diese Schritte, die wir gehen, verlangen eine enorme gemeinsame Kraftanstrengung aller Akteure und sie bedeuten auch Kosten, die sowohl die Wirtschaft wie auch die Verbraucher spüren. Aber sie sind notwendig, wenn wir nicht länger von Russland erpressbar sein wollen. Und wir müssen all diese Schritte immer im Zusammenhang denken mit mehr Tempo beim Ausbau Erneuerbarer Energien und mehr Fortschritten beim Energiesparen. Eine beschleunigte Energiewende ist das A und O für eine günstige, unabhängige und sichere Energieversorgung der Zukunft.“

- Fortschritte bei der Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Energieimporten gab es in den vergangenen Wochen seit dem ersten Bericht vom 25.03.2022 vor allem bei Öl und Kohle.
- **Bei Kohle**, d.h. konkret bei Steinkohle hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Kraftwerksbetreibern die Beschaffung und Reservebildung bei Kohle aus anderen Ländern als aus Russland vorangetrieben und so das von der EU beschlossene Steinkohle-Embargo vorbereitet. **Durch Vertragsumstellungen sind die Steinkohleimporte aus Russland seit Jahresbeginn von 50 Prozent bereits auf rund acht Prozent gesunken.** Nach den EU-Beschlüssen zu Steinkohle dürfen Bestandsverträge, die vor dem 09.04.2022 geschlossen wurden, noch bis zum 10. 08.2022 ausgeführt werden. Der Abschluss neuer Kaufverträge ist seit dem 09.04.2022 verboten.
- Bei **Öl** hat die Mineralölwirtschaft in den vergangenen Wochen im engen Austausch mit dem BMWK weitere Schritte eingeleitet, die Lieferbeziehungen mit Russland zu beenden. Verträge werden nicht verlängert und laufen aus, so dass teilweise größere Anteile russischen Öls bereits substituiert werden konnten. Die Mineralölunternehmen (außer Rosneft) sind nun in der Lage, mit einem gewissen Vorlauf, ihren jeweiligen Bedarf zu 100 Prozent ohne russisches Rohöl abzudecken. Durch alle ergriffenen Maßnahmen wurden die russischen Öl-Importe im Wesentlichen **auf verbleibende Bedarfsmengen der Raffinerien in Leuna und Schwedt (insgesamt ca. zwölf Prozent) reduziert; die Beendigung der Abhängigkeit von russischen Rohölimporten zum Spätsommer ist realistisch.**
- Bei der **Umstellung der Gasversorgung** gibt es ebenfalls weitere Fortschritte; der Prozess bleibt aber anspruchsvoll. Hier ist der Anteil russischer Gaslieferungen bis **Mitte April auf etwa 35 Prozent gesunken.** Dafür wurde der Erdgasbezug aus Norwegen und den Niederlanden erhöht sowie die LNG-Importe signifikant gesteigert. Die Unabhängigkeit von russischem Gas kann aber nur durch einen nationalen Kraftakt erreicht werden. Nötig sind viele gleichzeitige Schritte vieler Akteure – Bund, Ländern, Kommunen, Unternehmen und privaten Haushalten. Die Bundesregierung arbeitet im engen Austausch mit den betroffenen Bundesländern mit Hochdruck daran, bereits 2022 und 2023 zusätzlich mehrere schwimmende **LNG-Terminals (Floating Storage and Regasification Units, FSRU)** in Deutschland in Betrieb zu nehmen. Das erfordert einen enormen Einsatz aller Beteiligten – auch um die technischen Voraussetzungen zu schaffen, z.B. beim Bau der Anschluss-Pipelines. Notwendige gesetzliche Voraussetzungen, um den Bau von LNG-Terminals zu beschleunigen, werden derzeit in der Bundesregierung abgestimmt.

Wie ist Stand bei LNG/schwimmenden LNG Terminals?

- Die Bundesregierung hat über die Unternehmen RWE und Uniper **mittlerweile vier (statt wie ursprünglich geplant drei) schwimmende LNG-Terminals (Floating Storage and Regasification Units, FSRU) optioniert**, um die Versorgungssicherheit in Deutschland weiter zu erhöhen.
- Die entsprechenden Verträge sind auf der Zielgeraden. Haushaltsmittel der Bundesregierung in Höhe **von 2,94 Mrd. Euro stehen hierfür zur Verfügung.**

Eine Inbetriebnahme der FSRU zur LNG-Anlandung und Regasifizierung ist schnellstmöglich beabsichtigt.

- **Zwei Standortentscheidungen sind zugunsten von Wilhelmshaven und Brunsbüttel bereits gefallen, die Arbeiten in Wilhelmshaven beginnen schon in Kürze.**
- **Die erste FSRU soll noch in diesem Jahr in Wilhelmshaven an den Start gehen. Anfang 2023 ist die Inbetriebnahme einer weiteren FSRU in Brunsbüttel vorgesehen.**
- Als weitere Standorte zur Stationierung einer FSRU kommen Stade, Rostock, Hamburg-Moorburg oder Eemshaven in den Niederlanden in Betracht.

LNG Beschleunigungsgesetz- was bedeutet das?

- Damit die genannten LNG-Vorhaben in diesem hohen, aber zwingend notwendigen Tempo geschaffen werden können, **ist ein LNG-Beschleunigungsgesetz geplant.**
- Das BMWK hat dafür im engen Austausch mit dem Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und dem Bundesministerium für Justiz eine **Formulierungshilfe für einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeitet**, der nun innerhalb der Bundesregierung abgestimmt wird.
 - Mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz wird den **Genehmigungsbehörden unter bestimmten Bedingungen vorübergehend ermöglicht, von manchen Verfahrensanforderungen, insbesondere im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung, abzusehen.**
 - Daneben sollen Auftraggeber vorübergehend vergaberechtliche Erleichterungen zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen anwenden können.
 - **Ziel des Gesetzes ist es, alle Zulassungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich schneller zu durchlaufen, als dies nach aktueller Rechtslage möglich ist**, und so zu zügigen Genehmigungen und Einbindung von LNG in den deutschen Markt zu gelangen.
 - Um die schnellstmögliche Umsetzung effektiv zu gewährleisten, ist parallel auch der entsprechende Rechtsschutz jeweils zu beschleunigen.